



Thüringer Landesverwaltungsamt - Postfach 100141 98490 Suhl

Thüringer Landesverwaltungsamt  
Karl-Liebknecht-Straße 4  
98527 Suhl

| Bitte für amtliche Zwecke freihalten    |   |
|---|---|
| Eingangsstempel<br>Landesverwaltungsamt | Eingangsstempel anderer<br>Stellen (z.B. Krankenkassen) |
| Antragslisten-Nr.                       |   |

## Antrag auf

**Witwen-/Witwerversorgung** und / oder  **Waisenersorgung**  
nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten  
(Opferentschädigungsgesetz – OEG)

Zutreffendes bitte ankreuzen  oder ausfüllen

### Sehr geehrte Antragstellerin, sehr geehrter Antragsteller !

Bitte beantworten Sie die nachstehenden Fragen sorgfältig und vollständig – möglichst in Maschinen- oder Blockschrift – und fügen Sie ggf. entsprechende Unterlagen bei. Die nachstehenden Angaben sind zur Feststellung eines Anspruches auf Hinterbliebenenversorgung nach dem OEG notwendig. Nach § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I) sind Sie zur Mitwirkung verpflichtet, insbesondere alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind und der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen.

#### I. Angaben zur Person des/der Verstorbenen

|  |                 |  |
|--|-----------------|--|
| 1. Vor- und Zuname, ggf. Geburtsname und frühere Namen   | 2. Geburtsdatum | 3. Todestag (Bitte Sterbeurkunde ggf. in Kopie beifügen) |
| 4. Letzte Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort, Kreis, Land)   |                 |  |
| 5. Staatsangehörigkeit: <input type="checkbox"/> Deutsch <input type="checkbox"/> EU-Mitgliedsstaat: ..... <input type="checkbox"/> Sonstige: .....  |                 |  |
| 6. Hatte die/der Verstorbene bislang bereits Versorgung nach dem OEG erhalten oder beantragt?<br><input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, von/bei ..... in ..... Aktenzeichen: ..... |                 |  |

#### II. Angaben zu den Hinterbliebenen (Witwe/Witwer) Angaben zu der/den Waise(n) bitte bei Punkt IV

|  |                 |  |
|--|-----------------|--|
| 1. Vor- und Zuname, ggf. Geburtsname und frühere Namen | 2. Geburtsdatum | 3. Telefonisch tagsüber erreichbar unter Nr.:<br>...../..... |
| 4. Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)   |                 |  |

Karl-Liebknecht-Straße 4 98527 Suhl / Telefon: (03681) 73-0 · Telefax: (03681) 73 3202 / E-Mail: poststelle.suhl@tlwa.thueringen.de

(Die genannte E-Mail-Adresse dient nur für den Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung)

Besuchszeiten: Montag - Donnerstag 8.30-12.00 Uhr, 13.30-15.30 Uhr; Freitag: 8.00-12.00 Uhr

Landesbank Hessen-Thüringen (HELABA) Kto.-Nr.: 3004444117 BLZ: 82050000

5. Staatsangehörigkeit:  Deutsch  EU-Mitgliedsstaat: .....  Sonstige: .....

### **III. Ergänzende Angaben zum Antrag auf Witwen-/Witwerversorgung**

1. Tag der Eheschließung mit der/dem Verstorbenen: -Bitte Heiratsurkunde beifügen-

2. Wurde diese Ehe geschieden, aufgehoben oder für nichtig erklärt? -Ggf. bitte Gerichtsurteil beifügen-  
 nein  ja, am ..... vom .....

3. Haben Sie nach dem Tod der/des Verstorbenen wieder geheiratet? -Ggf. bitte Heiratsurkunde beifügen-  
 nein  ja, am .....

4. Wurde diese neue Ehe wieder aufgelöst (Tod des Ehegatten, Scheidung etc.)? -Ggf. bitte entspr. Urkunde beifügen-  
 nein  ja, am .....

5. Werden oder wurden Versorgungs-, Renten- oder Unterhaltsansprüche, die sich aus dieser aufgelösten neuen Ehe herleitet (z.B. Unterhaltsleistungen des geschiedenen Ehegatten, Renten aus der gesetzl. Renten- oder Unfallversicherung, Leistungen –auch freiwillige- aus sonstigen Versorgungseinrichtungen, Lebensversicherungen und sonstige einmalige und laufende Leistungen), gewährt oder beantragt?  
 nein  ja, gewährt von/beantragt bei: ..... Aktenzeichen: .....

### **IV. Ergänzende Angaben zum Antrag auf Waisenversorgung**

**Hinweis:** Waisenversorgung kommt in Betracht für Waisen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, unter bestimmten Voraussetzungen ferner für Waisen, die sich noch in Schul- oder Berufsausbildung befinden bzw. ein freiwilliges soziales Jahr leisten, sowie für Waisen, die infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen außerstande sind, sich selbst zu unterhalten. -Bitte Geburtsurkunde ggf. in Kopie beifügen-

|                    |                  |   |  |
|--------------------|------------------|---|--|
| 1. Vor- und Zuname | 2. Geburtsdatum  | 3. Kindschaftsverhältnis zum Verstorbenen (ehe-lich, adoptiert, Pflegekind, Stiefkind u.s.w.) | 4. Bei vollendetem 18. Lebensjahr: Schul- oder Berufsausbildung, freiwilliges soziales Jahr oder gebrechlich |
| a)                 |                  |   |  |
| b)                 |                  |   |  |
| 5. Anschrift       | 6. Familienstand |   | 7. Staatsangehörigkeit   |
| a)                 |                  |   |  |
| b)                 |                  |   |  |

8. Ist für die Waise(n) ein Vormund / eine Betreuerin / ein Betreuer bestellt? -Ggf. bitte entspr. Nachweise beifügen-  
 nein  ja, für .....

### **V. Angaben zum schädigenden Ereignis**

-Nur auszufüllen, wenn die/der Verstorbene bislang noch keine Versorgung nach dem OEG erhalten oder beantragt hatte-

1. **W a n n** und **w o** ereignete sich die Gewalttat? (Datum, Uhrzeit und Ort bitte genau angeben)

2. Die Gewalttat ereignete sich am **Arbeitsplatz** / in der **Ausbildungsstätte**  ja  nein  
auf dem **Weg dorthin** oder auf dem **Weg von dort nach Hause**  ja  nein



5. Welcher(n) **Krankenkasse(n)** oder **Krankenversicherung(en)** hat der/die Verstorbene angehört (Bezeichnung, Anschrift und Dauer der Zugehörigkeit –Bitte lückenlos ab der Gewalttat-)?

.....

**V. Sonstiges**

1. Haben Sie wegen des Todes Ihres Angehörigen bereits Ansprüche auf Entschädigung bei einer anderen Behörde, privaten oder gesetzlichen Versicherung oder sonstigen Stelle geltend gemacht bzw. bereits Leistungen erhalten? -ggf. Bescheid beifügen-

- nein
- ja, geltend gemacht bei .....Az. ....
- ja, geltend gemacht bei .....Az. ....
- ja, erhalten von .....Az. ....
- ja, erhalten von .....Az. ....

2. Wurde wegen den Folgen der Gewalttat oder aus anderen Gründen vor dem Tod Ihres Angehörigen bereits ein Feststellungsverfahren nach dem Schwerbehindertenrecht - SGB IX - durchgeführt oder beantragt?

- nein
- ja, bei .....Az. ....

**VI. Erklärungen der Antragstellerin / des Antragstellers**

**Einverständniserklärung**

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass das Landesverwaltungsamt die für die Entscheidung erforderlichen Auskünfte einholt und die über mich bei den im Antrag bzw. weiteren Verfahren von mir benannten Ärzten und Krankenanstalten sowie bei Behörden, Sozialleistungsträgern und gleichgestellten Stellen geführten medizinischen Unterlagen (auch soweit sie von anderen Ärzten oder Stellen erstellt worden sind), insbesondere Entlassungsberichte/Zwischenberichte, Befundberichte, Röntgenbilder, in dem Umfang zur Einsicht bezieht, wie dieses Aufschluss über die bei mir vorliegende/n Schädigung/en geben können.

Diese Erklärung erstreckt sich, soweit ich meinen Antrag nicht eingeschränkt habe, u.a. auch auf Unterlagen über psychiatrische, psychoanalytische und psychotherapeutische Untersuchungen/Behandlungen.

Die Einwilligungserklärung gilt für das mit diesem Antrag eingeleitete Verwaltungsverfahren und für ein sich evtl. anschließendes Rechtsbehelfsverfahren. Sie bezieht sich auf die während des Verfahrens eintretenden Sachverhalte und angefertigten Unterlagen.

Ich genehmige die Verwertung dieser Unterlagen im Verwaltungsverfahren und entbinde die beteiligten Ärzte und Psychologen insoweit von ihrer Schweigepflicht.

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_  
(**Unterschrift** des Antragstellers, Bevollmächtigten bzw. des gesetzlichen Vertreters oder Betreuers)

Mit der Einholung von Auskünften und Unterlagen bei folgenden Stellen (z.B. Ärzten, Krankenanstalten usw.) bin ich **nicht** einverstanden:

⇒ \_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_  
(**Unterschrift** des Antragstellers, Bevollmächtigten bzw. des gesetzlichen Vertreters oder Betreuers)

**Hinweis zum Datenschutz:**

Ihre Angaben werden erfasst und mit Hilfe einer Datenverarbeitungsanlage gespeichert. Der Antragsteller ist gemäß § 60 Sozialgesetzbuch I (SGB I) zur Mitwirkung verpflichtet. Er hat die zur Bearbeitung erforderlichen Angaben mitzuteilen und seine Einwilligung zur Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zu geben. Die Leistung kann nach § 66 SGB I versagt werden, wenn der Antragsteller seiner Mitwirkungspflicht nicht nachkommt. Eine Mitwirkungspflicht besteht nicht, soweit einer der in § 65 SGB I genannten Gründe vorliegt.

Ich versichere, dass ich die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht habe.

Ich nehme zur Kenntnis, dass

- wahrheitswidrige Angaben strafrechtlich verfolgt werden können und zu Unrecht empfangene Leistungen zurückgezahlt werden müssen, und
- **meine evtl. Schadensersatzansprüche gegen die Täterin / den Täter mit Ausnahme von Schmerzensgeldansprüchen kraft Gesetzes auf das Landesverwaltungsamt übergehen (§ 5 OEG i.V.m. § 81 a BVG) und ich daher keine Vereinbarungen (z.B. Vergleich) mit der Täterin / dem Täter oder deren Versicherung treffen darf.**

.....  
(Ort, Datum)

.....  
(Unterschrift)